

Offene Fragen der Geschichte Band 7

Chronik von 1946 bis 1951

Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa,
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,
Demontagen und Reparationen,
Entnazifizierung und Umerziehung,
Unerwünschte Vertriebene,
Schwarzmarktzeit,
Marshall-Plan,
Währungsreform 1948,
Gründung der BRD und DDR,
Koreakrieg 1950-1953 ...

Band 7/005

Chronik vom 25. März 1946 bis zum 1. Mai 1946

25.03.1946

WBZ: In Bremen erhalten die Schulkinder am 25. März 1946 erstmalig ein warmes Mittagessen (Beginn der "Schulspeisung").

Polen: Der Vorsitzende des Ministerrats beschließt am 25. März 1946 eine Verordnung betreffend die Verpflichtung der Behörden und staatlichen Institutionen, Gegenstände von künstlerischem, historischem oder kulturellem Wert zu melden (x003/221): >>1. Alle Behörden und staatlichen Institutionen sind verpflichtet, innerhalb eines Monats eine Aufstellung der in ihrem Besitz befindlichen Werke der Bildhauerkunst sowie der Gegenstände von künstlerischem, historischem oder kulturellem Wert der Abteilung für Kultur und Kunst der zuständigen Wojewodschaftsämter vorzulegen. ... Die Meldung hat nach dem beigefügten Muster zu erfolgen. ...<<

26.03.1946

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat beschließt am 26. März 1946 den ersten Industrieplan für Deutschland. Die Industrieproduktion soll etwa 50-55 % der Produktionsmenge des Jahres 1938 betragen. Höhere produzierte Mengen sollen als Reparationsgüter an das Ausland verteilt oder vernichtet werden (x101/12).

Großbritannien: "The Times" berichtet am 26. März 1946 über die Hungersnot in der französischen Besatzungszone (x043/163): >>Für die Einwohner der französischen Zone in Deutschland ist der Kaloriengehalt in der Normalration um 220 Kalorien beschnitten worden, so daß derselbe heute nur noch 915 Kalorien beträgt. Es ist die kleinste zur Verteilung gelangende Ration in allen 4 Zonen.<<

Laut Untersuchungsberichten von UNRRA-Sachverständigen sind für einen gesunden, arbeitenden Menschen etwa 2.500 Kalorien absolut notwendig (x043/163).

28.03.1946

Großbritannien: Sir William Strang (politischer Berater der britischen Militärregierung) telegرافيert am 28. März 1946 an das Foreign Office (x028/139): >>... Berichte, die wir von den Kommandanten der Durchgangslager ... erhalten haben, zeigen, daß die mit den Vertretern der

polnischen Regierung für die humane Umsiedlung der deutschen Minderheit vereinbarten Bedingungen z.T. nicht respektiert werden.

Besichtigungen dieser Lager ergeben die folgenden Feststellungen:

(A) Die Deportierten kommen ohne die Tagesration an ...

(B) Unverhältnismäßig viele alte und kranke Leute werden hierher geschickt. Es kommen sehr wenige arbeitsfähige Männer.

(C) Schwangere Frauen werden deportiert. Kinder sind in den Zügen geboren worden und mehrere haben die Reise nicht überlebt.<<

30.03.1946

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 30. März 1946 in ihrem Tagebuch über die bevorstehende Abstimmung der Berliner SPD und KPD (x111/149): >>Morgen findet die Urabstimmung statt.

Unser Parteivorstand (sc. der SPD) boykottiert ihre Vorbereitung, wo immer er kann.

In allen Berliner Bezirken herrscht heillose Verwirrung. Hier fehlen die Mitgliedsregister, da fehlen die Stimmzettel, hier fehlen die Wahllisten, dort bleiben die Wahlberechtigten ohne Benachrichtigung. Es mangelt an Urnen, es mangelt an Plakaten, es mangelt an Flugblättern, Wahlzellen, Bleistiften und Umschlägen.

Bis in die Nacht hinein basteln wir an einer Wahlurne, stöbern wir in unseren kargen Textilbeständen nach einem Vorhang für die Stimmzelle. Das Parteiblatt hat es nicht für nötig gehalten, die Adressen der Wahllokale bekanntzugeben. ... Die einheitsfeindlichen Genossen arbeiten wie Kulis.<<

WBZ: Der ostpreußische Rechtsanwalt Linus Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) schreibt am 30. März 1946 an den CDU-Vorsitzenden der britischen Zone, Dr. Konrad Adenauer (x024/211-212): >>... Die besondere Lage der Flüchtlinge ist Ihnen ja im wesentlichen bekannt.

Ich darf nur kurz darauf hinweisen, daß sie nicht nur Haus, Hof und Heimat, zum großen Teil auch ihre Familienangehörigen verloren haben, und daß sie z.T. in einem unglaublichen Elend dahinleben.

Soweit dieses Schicksal als unvermeidliche Kriegsfolge angesehen werden muß, muß es ertragen werden.

Was aber unerträglich ist, ist die Tatsache, daß diese vom Schicksal so hart getroffenen Menschen seitens der einheimischen Bevölkerung und vor allem auch der behördlichen Stellen Benachteiligungen und Schikanen ausgesetzt sind, die jeden gerecht denkenden Menschen empören lassen. Hier nur einige Beispiele:

Die Einheimischen können bei den Großbanken über ihre Guthaben in vollem Umfang verfügen. Die Ostdeutschen bekommen keinen Pfennig. Wenn die Commerzbank oder die Dresdner Bank einen Teil ihres Vermögens im Osten verloren haben, so muß sich dieser Verlust auf alle Gläubiger dieser Banken verteilen. Die unterschiedliche Behandlung der Flüchtlinge und Einheimischen ist durch nichts gerechtfertigt.

Typisch ist der Fall eines ostpreußischen Gutsbesitzers, der über ein großes Guthaben bei der Commerzbank verfügte und einen Teil davon nach dem Westen überweisen wollte. Damals erklärten ihm die Königsberger Angestellten, das sei nicht nötig, er könne im Reich bei jeder Filiale über sein Guthaben verfügen. Heute erklärt die Commerzbank, diese Auskunft sei zwar damals richtig gewesen, aber heute treffe das nicht mehr zu, und verweigert jeden Pfennig.

Ähnliche Unterschiede machen Versicherungsgesellschaften. Die einheimischen Pensionäre bekommen ihre volle Pension, die Pensionäre aus dem Osten bekommen nichts.

In Hamburg besteht ein Verbot des Bürgermeisters, Ostflüchtlinge in die Verwaltung einzustellen, in Schleswig-Holstein besteht das gleiche Verbot. ...

In Hannover hat der Oberpräsident einen Erlaß herausgegeben, wonach Flüchtlinge

Grundstücke weder erwerben noch pachten und sich auch als Handwerker nicht selbständig machen durften. ...

Und dann wirft man den Flüchtlingen öffentlich vor, sie wollten sich nicht eingliedern, wollten nicht aufgehen im neuen Heimatkreis, sondern verschärften bewußt den politischen, sozialen und allgemein menschlichen Gegensatz.

In Wirklichkeit kämpfen die Flüchtlinge gerade um ihre Eingliederung. Die Flüchtlingsverbände erstreben nichts anderes als die Gleichstellung der Flüchtlinge mit der angesessenen Bevölkerung. Sie wollen nicht zulassen, daß der Osten allein den Krieg verloren hat, wie es bis jetzt tatsächlich der Fall ist.

Was ich hier oben aufgeführt habe, sind nur die schlimmsten Beispiele der Benachteiligung. Die systematische Hintanstellung der Flüchtlinge ist überall festzustellen.<<

31.03.1946

Berlin: In den Westsektoren Berlins ergibt die Abstimmung der SPD-Mitglieder über den Zusammenschluss mit der KPD folgendes Ergebnis (x111/149): >>Von 33.247 berechtigten Parteimitgliedern stimmen 23.755 ab. 19.529 (82 %) stimmen gegen und 2.937 (12 %) für die Parteivereinigung.<<

In den Ostsektoren Berlins wird die Abstimmung durch SMAD und KPD am 31. März 1946 verhindert.

WBZ: In der US-Zone werden am 31. März 1946 die täglichen Lebensmittelrationen von 1.550 auf 1.270 Kalorien gekürzt.

März 1946

SBZ/Ostpreußen: Seit dem Frühjahr 1946 ergreift die allgemeine Hungersnot in wachsendem Maße auch die ostpreußische Landbevölkerung, weil man fast das gesamte Getreide für die Versorgung der sowjetischen Besatzungstruppen beschlagnahmt (x001/92E).

WBZ: Bischof Clemens August Graf von Galen erklärt während seiner Rede "Rechtsbewußtsein und Rechtsunsicherheit" im März 1946 (x358/10): >>Die Alliierten setzten in Deutschland eine Militärpolizei ein, die außerhalb des Bereichs aller ordentlichen Gerichte steht und keinem Gericht verantwortlich ist. ... Sie verhaftet, genau wie die Gestapo, die Männer nachts, holt sie ohne Angabe des Grundes der Verhaftung aus den Häusern, schafft sie weg, ohne der Familie Mitteilung zu machen, wohin sie gebracht werden, schneidet jede Verbindung zwischen der Familie und den Häftlingen ab, hält sie monatelang im Lager, ohne sie zu verhören, kurz, sie hat die Methoden der Gestapo übernommen.<<

Ungarn: Ab Frühjahr 1946 werden die mißliebigen Deutschen vielfach nicht mehr umgesiedelt, sondern ausgewiesen (x008/57E).

Frankreich: Ein Delegierter des Internationalen Roten Kreuzes berichtet im März 1946 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, die im Gebiet von Wimereux Minen räumen müssen (x130/175): >>Von insgesamt 3.500 Kriegsgefangenen wurden 150 getötet und 259 schwer verletzt. ...<<

Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtet später der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte über die Zusammensetzung eines Minensuchkommandos im französischen Departement Seine (x130/173): >>Es handelt sich zu 80 Prozent um Leute unter 25 Jahren. Es waren in der Hauptsache Schüler, Abiturienten, Studenten und Angehörige von Angestelltenberufen. Unter uns befand sich nur ein einziger ehemaliger Pionier. ...<<

Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtet später der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte über das tragische Ende einer Minenräumung in Frankreich (x130/174): >>Nach getaner Arbeit gingen wir in Reihen hintereinander von dem geräumten Gelände. Dabei trat der letzte Gefangene auf eine Schützenmine, die wir übersehen hatten. Sie riß ihm beide Beine ab, und er starb noch auf dem Trans-

port in das Lager. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über das internationale Verbot der Minenräumung durch Kriegsgefangene (x026/89): >>Besonders die Frage der Minenräumung gab dem IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) Anlaß, bei den französischen Behörden zu intervenieren. Die Beseitigung von Minen und anderem Explosivmaterial während der Dauer der Feindseligkeiten ist nach Artikel 31 verboten. Auch nach deren Beendigung bleibt die Minenräumung laut Artikel 32 verboten. Wie dem auch sei, nach der Kapitulation der deutsch-italienischen Truppen in Nordafrika im März 1943 beschloß man, die Gefangenen zur Minenräumung einzusetzen. ...

Dieses Problem tauchte Anfang 1945 verschärft wieder in Frankreich auf. Die Presse nahm sich seiner an und schrieb, daß die Aufgabe der Minenbeseitigung denen zukäme, die sie gelegt hätten. Das IKRK vermied es, getreu seiner rein humanitären Aufgabe, zu polemisieren oder eine rein juristische These über die Anwendung der Verträge zu verfechten. Es wies die französische Verwaltung auf die Gefahren hin, die eine durch Nicht-Spezialisten ausgeführte Minenräumung mit sich brächte.

Der Kriegsminister selbst schätzte im September 1945 die Zahl der zu beseitigenden Minen auf etwa 10 Millionen. Unter den deutschen Kriegsgefangenen, die mit diesen Arbeiten beschäftigt waren, gab es jeden Monat 2.000 bei tödlichen Unfällen ums Leben gekommene Opfer. Dies entspricht dem Verhältnis: ein Todesfall auf 5.000 Minen.

Man konnte leicht daraus schließen, daß eine unter diesen Umständen durchgeführte Minenräumung das Leben von 20.000 Gefangenen kosten würde. Das IKRK bestand auf der Notwendigkeit von Vorsichtsmaßnahmen und zählte diese auf. Dann beauftragte er seine Delegierten vor allem auf die Durchführung zu achten. ...<<

USA: "The Reader's Digest" berichtet im März 1946 über die nordamerikanischen Besatzungssoldaten in Westdeutschland (x114/2.96): >>**Warum die GIs die Deutschen so gern haben!**

Annähernd 4 von 5 zurückgekehrte Soldaten ziehen Deutschland allen alliierten Ländern vor, die sie gesehen hatten. Die zu Hause gebliebenen Amerikaner mag dies verblüffen, wird aber keinen Soldaten überraschen, der auf dem europäischen Kriegsschauplatz war.

Man hört oft GIs die Engländer kritisieren und die Franzosen verdammen. Aber es war eine Seltenheit, Amerikaner in Deutschland den Feind verwünschen zu hören. Die wenigen, die dies taten, hatten ihre Freunde in der Schlacht sterben sehen oder stießen auf Körper von erschossenen gefangenen Kameraden oder hatten die Leichen von Buchenwald und Dachau gerochen. Gewiß, diese blieben unversöhnlich, aber die Ersatzleute, die sie ablösten, kannten die Deutschen nur als friedvolle, freundliche Gastgeber.

Die "Krauts", ein freundschaftlich gebrauchter Ausdruck der GIs für die Deutschen, zu hasen, wurde mit der Zeit direkt ungehörig. In Deutschland stationierte Soldaten, die einen Urlaub nach Paris oder die französische Riviera erhielten, kamen nicht selten zurück, bevor ihr Urlaub zu Ende ging, sie kehrten "heim" nach Deutschland.

Was ist die Ursache dieser Gefühlswelle, die unseren Sieg bedroht?

Der amerikanische Soldat fühlt sich vor allem in "Übersee" einsam und heimwehkrank. Die Deutschen scheinen ihm nun weniger fremd als irgendein anderes Volk, ja sogar als die Engländer. Er kam mit der Idee nach England, daß er dort Leute finde, die ähnlich wie er seien. Das Ergebnis war aber überraschend, denn über die bestehenden Differenzen zwischen dem amerikanischen und britischen Charakter war er verärgert.

In Deutschland dagegen erwartete er erhebliche Wesensverschiedenheiten, und dann konstatierte er mit Vergnügen so viele Ähnlichkeiten.

Und jetzt kommen wir zu einer der Hauptursachen für die Haltung der GIs Deutschland gegenüber. Nachdem er die ersten Hemmungen überwunden hatte, sah er sich einer Flut williger

Mädchen gegenüber. Er fand sie in den engstmöglichen Badeanzügen am Strand der Flüsse, ihre Beine verführerisch zur Schau gestellt, und wollte er ein Mädchen, so hatte er nichts weiter zu tun, als seinen Jeep zu stoppen.

Warum zeigten sich eigentlich deutsche Frauen den amerikanischen Soldaten so mit vollem Herzen zugetan? Einer der Gründe war wahrscheinlich die einfache Tatsache, daß sie ihre Männer seit langem entbehren mußten. Ein anderer Grund ist der Niedergang der Moral, eine der Früchte der Nazi-Propaganda. ...

Das Verblüffende daran ist, wie die GIs die Haltung der deutschen Frauen auslegen. In Frankreich hatten die GIs fast ausschließlich Kontakt zu Prostituierten, und dies machte bei ihnen der Auffassung Platz, daß das französische Volk unmoralisch sei. In Deutschland aber, wo ihnen im allgemeinen jede Frau zur Verfügung stand, sahen sie dies als romantisch an und als Zeichen der Freundschaft und der Großzügigkeit seitens der deutschen Frauen.

Der amerikanische Soldat ist jeden Tag einer kein Ende nehmenden Propaganda seitens der hartnäckig freundlichen deutschen Bevölkerung ausgesetzt. Weil er offen und von Natur aus nicht mißtrauisch ist, verfehlt diese Propaganda ihren Zweck nicht, ja sie hat sogar tiefen Eindruck auf ihn gemacht.

Kommt der GI heim, so hat er eigentlich das Gefühl, daß ihm der Feind näher steht als seine Alliierten, und er kommt zu Millionen zurück und wird seine Meinung in jeden Winkel der Vereinigten Staaten mitnehmen.<<

01.04.1946

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 1. April 1946 in ihrem Tagebuch über das Abstimmungsergebnis der Berliner SPD und KPD (x111/152): >>Die Würfel sind gefallen. Mit zweiundachtzigprozent haben sich die sozialdemokratischen Wähler Berlins gegen die Verschmelzung entschieden. ... Bis zur letzten Wahlminute währte der Widerstand unseres Parteivorstands. Es hat ihm nichts genützt. Wider Gewalt, Bedrohung und Propaganda siegte der Wille zur Selbstbestimmung, wenn auch nur in zwölf unter zwanzig Bezirken.

Im russischen Sektor wurde die Wahlgenehmigung nicht erteilt. "Wegen technischer Schwierigkeiten", wie die Begründung lautet.

Die gleichen "technischen Schwierigkeiten" scheinen veranlaßt zu haben, daß vor einigen Wahllokalen dieses Besatzungsgebiets am Frühnachmittag russische Wachposten aufzogen.<<

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 1. April bis zum 28. April 1946 täglich nur 1.042 bzw. 1.270 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Der Schriftsteller Heinz Piontek (1925-2003) schreibt am 1. April 1946 in der "Neuen Presse" über die Lage der Jugend (x111/151-152): >>... Mit aufgerissenen Augen taumeln Jungen und Mädchen, durch Nöte und Gefahren der Kriegszeit älter und stiller geworden, in ein neues, unbekanntes Leben.

Verständnislos hören und lesen sie über Ränke und Intrigen einer schamlosen Politik, über Blutgier, Brutalität und Größenwahnsinn ihrer Führer und glauben zu träumen, wenn man ihnen Zug um Zug beweist, daß alle Ideale, die man ihnen einst gegeben, einem überheblichen und gewissenlosen Hirn entsprungen, nicht einen Pfifferling wert sind. Wir stehen nun in einer neuen Welt. Die alten Götzen haben wir zum Teufel gejagt. Wir möchten arbeiten, schaffen, um das Versäumte nachzuholen, unsere Schuld zu tilgen. ...

Noch ist Gut und Böse nicht in uns gefestigt, noch sind wir nicht fähig, klar unser Ziel zu sehen.<<

05.04.1946

WBZ: Bomber der Royal Air Force zerstören am 5. April 1946 die letzten Festungsanlagen der Insel Helgoland.

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 5. April 1946 aus Bayern (x124/153): >>... Nun sollen wir das Land Bayern nicht nur von den Evakuierten der britischen und französischen Zone räumen, sondern auch die halbe Million Schlesier umsiedeln, die hier im Januar 1945 Zuflucht gefunden haben!

Aber Jugoslawen, Polen und Griechen dürfen zur Rückkehr in ihre Ursprungsländer nicht gezwungen werden, zu schweigen von den Juden; die wieder in Massen aus Polen einströmen, wo nach ihrer Aussage die Pogrome nicht aufhören. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 5. April 1946 über den Schwarzmarkt in Hamburg (x299/137): >>... In einer Toreinfahrt tuscheln vier Männer, Bohnenkaffee geht von Hand zu Hand, die Güte wird geprüft und kleine Geldscheine werden gezählt, ein ganzes Bündel.

Ein Soldat sammelt Kippen, seine viel zu großen Stiefel werden durch Bindfäden gehalten, zwei Sicherheitsnadeln zwingen die Uniformjacke zusammen.

Ein Bursche ruft keck: "Feuersteine gefällig, vier Stück 18 Mark". ...<<

06.04.1946

Polen: Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 6. April 1946 eine Verordnung über das Verfahren zur Feststellung der polnischen nationalen Zugehörigkeit (x003/158-168): >>... § 2. Diese Verordnung betrifft Personen, die vor dem 1. Januar 1945 als deutsche Staatsangehörige ihren ständigen Wohnsitz in den Wiedergewonnenen Gebieten hatten.

§ 3. Als im Besitz der polnischen nationalen Zugehörigkeit werden Personen anerkannt, die einen entsprechenden Antrag stellen, ihre polnische Abstammung oder ihre Verbundenheit mit dem polnischen Volke nachweisen und darüber hinaus eine Treuerklärung gegenüber dem polnischen Volk und Staat abgeben.

§ 4. Interessierte Personen können die polnische nationale Zugehörigkeit mit allen Beweismitteln nachweisen, insbesondere:

a) kann die polnische Abstammung nachgewiesen werden durch Personalausweise oder ständesamtliche Urkunden, sie kann auch aus der Form des Namens oder aus der Verwandtschaft mit Polen hervorgehen,

b) kann die Verbundenheit mit dem polnischen Volk nachgewiesen werden durch die Zugehörigkeit zu polnischen Organisationen oder durch die Beteiligung am Kampf um polnische Interessen, ...

§ 5. Nicht anerkannt als zum polnischen Volk gehörig werden Personen polnischer Abstammung:

a) die durch ihr fortdauerndes und notorisches Verhalten ihre Verbundenheit mit dem deutschen Volk oder ihre feindliche Einstellung gegenüber dem Polentum kundgetan haben. ...

§ 6. Die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihren Unterabteilungen allein ist grundsätzlich noch kein Grund, die Feststellung der polnischen nationalen Zugehörigkeit abzulehnen, da die Parteizugehörigkeit oftmals erzwungen war.

Eine Stellung in der Parteihierarchie dagegen, die aktive Haltung eines Parteimitglieds oder seine feindliche Haltung gegenüber dem Polentum können als Beurteilungsgrundlage dafür dienen, in welchem Maße die betreffende Person mit dem deutschen Volk verbunden war. ...

Antrag auf Bestätigung der polnischen nationalen Zugehörigkeit:

... Ich bitte um Bestätigung meiner Zugehörigkeit zum polnischen Volk und um Ausstellung einer vorläufigen Bescheinigung der polnischen nationalen Zugehörigkeit.

Gleichzeitig bitte ich um die Bestätigung der polnischen nationalen Zugehörigkeit für meine minderjährigen Kinder (unter 14 Jahren): ...

Meinen Antrag begründe ich folgendermaßen:

(Aufzählung aller den Antrag begründenden Umstände, wie: Herkunft, Abstammung, Verwandtschaft, Zugehörigkeit zu polnischen Organisationen, Erziehung im polnischen Sinne,

Freundschaftsbeziehungen usw.). ...

Die Glaubwürdigkeit meiner Erklärungen können folgende Zeugen bestätigen: ...

Treueerklärung:

Ich ... gelobe eingedenk meiner polnischen nationalen Zugehörigkeit feierlich, dem polnischen Volk und Staat die Treue zu wahren und gewissenhaft meine Pflichten gegenüber dem polnischen Volk und Staat zu erfüllen. ...<<

07.04.1946

Ostdeutschland: Der sowjetische Oberst Sokolow besucht am 7. April 1946 Gerhart Hauptmann (1862-1946, schlesischer Schriftsteller, erhält 1912 den Literatur-Nobelpreis) in Agnetendorf, Kreis Hirschberg/Niederschlesien (x035/223): >>... Diesmal komme ich in amtlicher Mission.

Ich überbringe Ihnen das letzte Angebot der sowjetischen Militär-Administration. Die Deutschen aus dem Kreise Hirschberg werden nunmehr restlos evakuiert. Die polnische Regierung besteht darauf. Auch Sie, verehrter Doktor, können nicht länger bleiben, ohne sich in Gefahr zu bringen.

(Hauptmann antwortet daraufhin fast tonlos): "Nun, dann fahren wir eben ..."

(Später fragt Hauptmann seine Frau Margarete): "Gretchen, darf ich mein Schlesien allein lassen?! ... (Margarete Hauptmann beruhigt ihren aufgeregten Ehemann): "Bald wird das ganze Land allein gelassen sein. Den Ausgetriebenen kannst du nicht mehr helfen." ...<<

08.04.1946

SBZ: Der Zahnarzt Dr. B. berichtet am 8. April 1946 aus dem Eichsfeld in Thüringen (x124/-154-155): >>... Jetzt geht man zur Erholung in den Wald und sammelt Holz, damit der Weg nicht umsonst war. Allerdings ist unser Wald schon ganz licht geworden. Beim Forsthaus, wo die hohen Buchen standen, gewinnt man den Eindruck, es wäre ein englischer Park. ...

Die Zonengrenze ist hermetisch abgeschlossen. ...<<

09.04.1946

WBZ: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 9. April 1946 über "Revolution oder Aufbau?" (x111/155): >>... Wir stehen nicht nur an einem Ende, wir stehen an einem Anfang, einem dunklen, mühseligen und beladenen Anfang.

Wir spielen nicht Revolution, da wir nur zusammengebrochen sind. Das war 1918 anders. Damals haben wir den Zusammenbruch getarnt. Wir entfesselten einen Sturm im Wasserglas und meinten, das Ganze sei eine Revolution.

Heute sind wir nüchterner, realistischer, illusionsloser. ... Es scheint, als suche Deutschland etwas anderes als eine neue Revolution.

Wir brauchen den Frieden, den wirklichen und vollen Frieden. Wir hoffen auf eine Zukunft, in der ein Platz in irgendeiner Ecke der Welt für ein einfaches und gesichertes Leben zu finden ist.

Unter den Trümmern der Großstädte graben wir nach dem verschütteten Bild des Menschen. Bange fragen wir uns, ob nach der vergangenen Epoche des Hasses noch eine politische Ordnung gefunden werden kann, die auf dem Gedanken der Freiheit, der Würde und der Liebe unter den Menschen aufbaut.<<

CSR: Nach Interventionen der Nordamerikaner finden am 9. April 1946 erneut tschechisch-nordamerikanische "Ausweisungsverhandlungen" statt.

Obgleich der "tschechische Transfer" viel zu wünschen übrig läßt, schreibt die tschechische Presse später (x004/121): >>Grundsätzlich wurde festgestellt, daß der Abschub human und geordnet verläuft. ...<<

10.04.1946

WBZ: Im Durchgangslager Furth informiert ein deutscher Grenzkommissar am 10. April 1946 den nordamerikanischen Verbindungsoffizier über die Iglauer Vertreibungstransporte

(x005/490): >>... Personalpapiere fehlten ebenfalls wieder fast bei sämtlichen Transportangehörigen, wie Trau-, Erb- und Gewerbescheine, sowie Versicherungspolice und dergleichen, die den Leuten im Lager abgenommen wurden mit dem Hinweis, daß sie vor Ausweisung wieder zurückgegeben werden. Dies geschah jedoch nicht, obwohl die Flüchtlinge ihre Papiere anforderten. Sogar Eheringe sollen abgenommen worden sein.

Die Ausstattung mit Gepäck war derart ungenügend, daß es der schlechteste Transport in dieser Hinsicht bisher überhaupt war. Zum Teil besaßen die Leute nur das, was sie am Leibe trugen. In Einzelfällen war es ihnen nur möglich, ein bis 2 Wäschegarnituren und evtl. ein sonstiges Bekleidungsstück beim Verlassen des Hauses mitzunehmen, so daß sie ihr ganzes Hab und Gut mit höchstens 10 kg in einem kleinen Rucksack bei sich führten. Der überwiegende Teil des Transportes verfügte nur über Gepäck bis höchstens 30 kg.

Dieser Übelstand kam in der Hauptsache daher, daß die Flüchtlinge förmlich von den eingesetzten Verwaltern von ihrem Hof vertrieben wurden, so daß ihnen keine Zeit zur Verfügung stand, die Gegenstände herauszusuchen und 50 kg zusammenzubringen.

Ein Teil der Männer, die aus der Gefangenschaft oder Haft entlassen wurden, kamen nicht erst nach Hause, um sich ihr Gepäck zu holen, sondern sie wurden sofort in ein Aussiedlungslager gebracht, wo sie in ganz kurzer Zeit dem Transport angegliedert wurden. Ein großer Teil der Frauen wurde wieder ohne Männer ausgesiedelt, da diese in Arbeitslagern zurückgehalten wurden oder sonstwie inhaftiert wurden. Die Frauen bzw. sonstige Familienangehörige waren in derart vielen Fällen vorstellig geworden, so daß sie im Einzelnen wegen der Kürze der Zeit gar nicht alle festgehalten werden konnten.

... Franz Z., geboren 19.1.1938, wurde ohne Eltern ausgewiesen, die sich im Kreisgericht in Iglau befinden, angeblich wegen Block- oder Zellenleitertätigkeit.

Es wird gebeten, vorstehend aufgeführte Beanstandungen zur Kenntnis zu nehmen und für Abstellung zu sorgen.<<

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Walter Kolbenhoff (1908-1993) berichtet am 10. April 1946 über die damaligen Zustände im Münchener Bahnhof (x111/156): >>Im Bahnhof und in dem ganzen umliegenden Gebiet wimmelt es von Gaunern, Geldwechslern, Betrügnern und Wegelagerern. Dazwischen Flüchtlinge, die Einsamen, Verlorenen, Verlassenen, die nicht wußten, wohin.

Jede Mauernische war ein Bordell, jeder türlose Hauseingang eine Markthalle für alles, was der Mensch brauchte.

Diese Ansammlung von Krüppeln, Huren, Strichjungen, von Heimatlosen, Suchenden und Gehetzten war die Masse, in der ich mich bewegte. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Thaddäus Troll (1914-1980, eigentlich Hans Bayer) schreibt am 10. April 1946 über die Verhältnisse in Tübingen (x111/152): >>Es roch in den Straßen von Tübingen nach schlechtem Tabak, nach Chanel Nr. 5 und nach markenfreiem Weißkohl.

Die Studenten waren dankbar, daß sie dem Krieg und dem politischen Terrorismus entronnen waren, sie waren fleißig und sahen eher wie pünktliche Buchhalter aus, die sich das Wohlwollen des Chefs verdienen wollten. ... Skeptiker, die zu den Krücken des Glaubens greifen, um sich in den Trümmern unserer geistigen Welt bewegen zu können.<<

Großbritannien: Das Foreign Office weist den britischen Botschafter in Warschau am 10. April 1946 nochmals an, gegen die polnischen Umsiedlungsmethoden zu protestieren (x028/-139): >>Der Zustand der Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in der britischen Zone gibt uns Anlaß zu sehr großer Sorge. ...

Bitte betonen Sie gegenüber der polnischen Regierung diesen Sachverhalt mit größtem Nachdruck und machen Sie ihr klar, ... daß wir gezwungen wären, weitere Umsiedler von Polen in die britische Zone abzulehnen, es sei denn, diese Transporte werden in geregelter und humaner Weise abgewickelt, wie es den Bedingungen der Potsdamer Konferenz entspricht.<<

11.04.1946

CSR: Die tschechoslowakische Nationalversammlung beschließt am 11. April 1946 ein Gesetz über die Arbeits- und Lehrverhältnisse der Deutschen, der Madjaren, der Verräter und ihrer Helfershelfer (x004/288-289): >>... § 1 Die Arbeits- und Lehrverhältnisse der Personen, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nach dem Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik vom 2. August 1945 ... verloren haben, erlöschen an dem Tage, an dem dieses Gesetz in Kraft tritt, soweit darin nichts anderes bestimmt wird. ...

§ 2 Personen, deren Arbeits- und Lehrverhältnisse nach den Vorschriften des § 1 erloschen sind, sind verpflichtet, falls dies im öffentlichen Interesse notwendig ist, die Arbeit an ihrem bisherigen Arbeitsplatz ... unter den Bedingungen fortzusetzen, die ... nach dem Dekret ... vom 19. September 1945 ... (festgesetzt wurden). Darüber, ob die Fortsetzung der Arbeit im öffentlichen Interesse liegt, entscheidet die Bezirksbehörde für Arbeitsschutz ...

§ 5 Der Arbeitnehmer, dessen Arbeits- und Lehrverhältnis nach den vorstehenden Bestimmungen erloschen ist, hat keinen Anspruch auf die Leistung, welche ihm sonst nach Gesetz oder Vertrag für den Fall einer vorzeitigen Beendigung des Arbeits- und Lehrverhältnisses zustehen würde. ...<<

12.04.1946

Ostdeutschland: Gerhart Hauptmann ist am 12. April 1946 erstmalig wieder fieberfrei (x035/224): >>Mein letztes Werk soll eine große Rede an das deutsche Volk sein. Mag sie ein anderer für mich halten!

Ich will noch einmal sagen, worum es geht: Furchtlosigkeit, Zuversicht und - Einigkeit ...<<

13.04.1946

CSR: In der Aussiedlungsaufforderung vom 13. April 1946 für die Deutschen in Mährisch Trübau/Sudetenland heißt es (x004/338-339): >>... Sie werden hiermit verständigt, daß Sie ... in die amerikanische Okkupationszone nach Deutschland ausgesiedelt werden.

Gemeinsam mit Ihnen werden folgende Ihrer Familienmitglieder ausgesiedelt. ...

Ich fordere Sie daher auf, sich zu diesem Zwecke am 16. April, um 7 Uhr, mit allen oben bezeichneten Personen auf dem Sammelplatz in M. ... einzufinden.

Vor dem Abgang zur Sammelstelle sind sie verpflichtet, alle Eingänge (Türen) ... abzusperrern und das Schlüsselloch mit einem Papierstreifen, welcher mit Ihrem Namen versehen sein muß, so zu überkleben, daß die Schlösser der Türen nicht ohne Beschädigung der Papierstreifen geöffnet werden können.

Die Schlüssel Ihrer bisherigen Wohn- und Betriebsräume sind ordentlich zu einem Bund zusammenzubinden, mit Ihrem Namen und ihrer bisherigen Anschrift zu versehen und zum Sammelplatz mitzubringen.

Jede Person kann sich Gepäck im Höchstgewicht von 30 kg einschließlich nicht leicht verderbliche Lebensmittel für 7 Tage mitnehmen.

Es ist jedoch gänzlich unzulässig, solche Gegenstände mitzunehmen, deren Ablieferung ... angeordnet worden ist.

Ferner dürfen nicht mitgenommen werden:

- a) Bargeld in tschechischen Kronen und anderen Währungen außer Reichsmark, jedoch höchstens nur 1.000 RM je Familie,
- b) Einlagebücher,
- c) wertvolle Uhren, Fotoapparate, Radiogeräte und Schreibmaschinen,
- d) wertvolle Teppiche und wertvolle Pelze.

Jede Person muß ordentlich bekleidet und beschuht sein und eine der Jahreszeit entsprechende Zudecke mithaben, ferner eine Eßschale und Eßzeug und alle persönlichen Urkunden, wie Tauf- und Geburtsschein, Heimatschein, die Evidenzkarte (Registrierkarte), Kennkarte und die Haushaltskarte, welche dem Vertreter des Mistni Narodni Vybor abzuliefern ist.

Gegenstände, welche nicht ausgeführt werden dürfen und welche auf Grund der gültigen Vorschriften bereits hätten abgeliefert sollen, bringen die zur Aussiedlung bestimmten Personen in Päckchen und dessen Inhaltsverzeichnis auf den Sammelplatz mit. Die Päckchen sind mit dem vollen Namen und der bisherigen Anschrift des Besitzers zu versehen.

Die Nichtbefolgung dieser Aussiedlungsvorschriften, besonders die Beschädigung und Zerstörung oder das Verstecken des hinterlassenen Vermögens, welches abgeliefert werden soll, als auch die Beihilfe zu solchen Handlungen, wird streng bestraft.<<

14.04.1946

WBZ: Fritz Opitz (Präsident der Rheinländischen Volkspartei) fordert am 14. April 1946 während einer Kundgebung in Mönchengladbach (x111/157): >>... Nur ein freier rheinischer Staat wird in der Lage sein, eine Wiederaufrüstung eines deutschen Reiches zu verhüten, das von einem Mittelpunkt aus regiert wird. Ein unabhängiges Rheinland wäre ein Bollwerk des Friedens gegen die seelenlose, aggressive Massenzivilisation.<<

15.04.1946

SBZ: In einem offenen Brief wird am 15. April 1946 in der Provinz Sachsen die geplante Zwangsvereinigung von SPD und KPD in den fünf Ländern der sowjetischen Zone kritisiert (x111/157): >>... Sinn und Zweck der Vereinigung der Arbeiterparteien ist, die Arbeiterschaft mehr und sicherer unter kommunistischen Einfluß zu bringen und der bolschewistischen Aggression zugänglicher zu machen ...

Wir deutschen Arbeiter im abgetrennten Osten und in der Mitte des Reiches dürfen unsere Stimme nicht erheben wegen der Nähe der GPU (früher war es die Gestapo!).

Wir rufen Euch, Brüder im Westen, werdet die Sprecher für uns!<<

16.04.1946

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 16. April 1946 (x095/44-45): >>... Köln ist in seinen Hauptteilen zerstört. Es zählt wieder zur Zeit 500.000 Einwohner. Aber schätzungsweise wohnen 1/3 davon in Kellern oder mehr oder weniger zerstörten Gebäudeteilen. ...

Es sieht sehr ernst aus hier! Größte Arbeitslosigkeit, eine sehr schwere Ernährungskatastrophe. Keine Aussicht auf Besserung. ...

Bild von der Lage in Köln:

Geburtenziffer monatlich rd. 250.

Sterblichkeitsziffer monatlich rd. 650.

Ansteckende Krankheiten herrschen nicht in besonderem Maße. Die Menschen sterben an Schwäche. Was aus allem werden soll, ist noch völlig unübersichtlich. Ich glaube aber, daß noch viele Millionen in Deutschland sterben werden. Die Menschen sind meistens apathisch und hoffnungslos, die Jugend verwildert und verkommt. Die Verhältnisse von 1918 lassen sich auch nicht im entferntesten mit den Verhältnissen von heute vergleichen.

... Es gibt sehr wenige tüchtige Leute. Die beiden Kriege haben sehr große Lücken gerissen, und Nachwuchs ist infolge des verheerenden Einflusses der NSDAP nicht da. ...

Wir brauchen alle sehr viel Geduld! Es ist unsere einzige Stärke. ...<<

Der neue Rektor der Frankfurter Universität, Walter Hallstein (1901-1982, deutscher Jurist und CDU-Politiker), erklärt am 16. April 1946 (x111/158): >>Wir dürfen von der Gewißheit ausgehen, daß eine Wiederherstellung unserer Kultur nicht möglich ist, ohne daß der ursprüngliche Eigenwert der Persönlichkeit mit einzelnen Menschen wieder anerkannt wird. ...

Soziale Tendenzen und Zweckgedanken haben zu einer Entmachtung des Individuums geführt, die eine Schmälerung des Privatgedankens zur Folge hatte.<<

18.04.1946

Niederlande: In Den Haag tritt am 18. April 1946 erstmalig der neue Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen (UNO, später UN) zusammen. Die UNO-Mitglieder verpflichten

sich zum Verzicht auf Gewaltanwendung. Eingriffe in die jeweilige Landesgerichtsbarkeit sieht der UNO-Gerichtshof nicht vor.

20.04.1946

SBZ: Die sowjetische Besatzungsmacht und die Führung der KPD vollziehen am 20. April 1946 die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED.

Die SED berichtet am 19./20. April 1946 über die Vereinigung von SPD und KPD (x156/22-24): >>Am 19. und 20. April 1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übereinstimmend die Vereinigung beider Arbeiterparteien beschlossen. Beide Parteien treten daher am 21./22. April 1946 zu ihrem Vereinigungsparteitag in Berlin zusammen und beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. ...

Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einen. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft und der entschiedenste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird. ...

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit lehren, daß die Arbeiterklasse nur dann die Führung im Aufbau der neuen, freien, unteilbaren deutschen Republik haben wird, und zur Umgestaltung der gesamten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Beziehungen, zum Aufbau des Sozialismus nur schreiten kann, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen überwindet, die Sozialistische Einheitspartei schafft und das ganze werktätige Volk um sich sammelt.

Die Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands ist daher das unaufschiebbare Gebot der Stunde!

Von diesen Erwägungen ausgehend wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auf dem Boden folgender Grundsätze und Ziele gebildet:

I. Gegenwartsforderungen

1. Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Beseitigung der Überreste des Hitlerregimes in Gesetzgebung und Verwaltung. Völlige Säuberung des gesamten öffentlichen Lebens, aller Ämter und Wirtschaftsleitungen von Faschisten und Reaktionären.

2. Beseitigung der kapitalistischen Monopole, Übergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.

3. Vernichtung des reaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform.

4. Ausbau der Selbstverwaltung auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen. Leitung aller öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft durch ehrliche Demokraten und bewährte Antifaschisten. Systematische Ausbildung befähigter Werktätiger als Beamte der Selbstverwaltungsorgane, als Lehrer, Volksrichter und Betriebsleiter unter besonderer Förderung der Frauen.

5. Überführung aller öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen in die Hände der Gemeinden, Provinzen und Länder oder der gesamtdeutschen Regierung. Zusammenfassung der wirtschaftlichen Unternehmungen in Wirtschaftskammern unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften und Genossenschaften. Stärkste Förderung des Genossenschaftswesens. Begrenzung der Unternehmergewinne und Schutz der Werktätigen vor kapitalistischer Ausbeutung.

6. Aufbau der Wirtschaft und Sicherung der Währung auf Grund von Wirtschaftsplänen. ...

12. Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik, Bildung einer Zentralregierung durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien.

13. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung der durch das Hitlerregime den anderen Völkern zugefügten Schäden. Sicherung eines durchschnittlichen europäischen Lebensstan-

dards für das deutsche Volk im Sinne der Potsdamer Konferenz der drei Großmächte.

14. Schärfster Kampf gegen Rassenhetze und jedwede Hetze gegen andere Völker. Friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Nationen.

II. Der Kampf um den Sozialismus

Mit der Verwirklichung der Gegenwartsforderungen ist jedoch das System der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung nicht beseitigt und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, der Frieden nicht endgültig gesichert.

Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands: die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für die Verwandlung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, für die Verwaltung der kapitalistischen Warenproduktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. In der bürgerlichen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse die ausgebeutete und unterdrückte Klasse.

Sie kann sich von Ausbeutung und Unterdrückung nur befreien, indem sie zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung befreit und die sozialistische Gesellschaft errichtet. Der Sozialismus sichert allen Nationen, allen Menschen die freie Ausübung ihrer Rechte und die Entfaltung ihrer Fähigkeiten. Erst mit dem Sozialismus tritt die Menschheit in das Reich der Freiheit und des allgemeinen Wohlergehens ein.

Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands kämpft für diesen neuen Staat auf dem Boden der demokratischen Republik.

Die gegenwärtige besondere Lage in Deutschland, die mit der Zerschlagung des reaktionären staatlichen Gewaltapparates und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf neuer wirtschaftlicher Grundlage entstanden ist, schließt die Möglichkeit ein, die reaktionären Kräfte daran zu hindern, mit den Mitteln der Gewalt und des Bürgerkrieges der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse in den Weg zu treten. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus, sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Schicksal der "SPD" in der SBZ (x009/409): >>... Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht wurde sie am 19./20.4.1946 mit der KPD zur SED zwangsvereinigt.

Im Laufe der Entwicklung wich die versprochene paritätische Vertretung in allen Vorstandssämtern einer kommunistischen Diktatur und viele sozialdemokratische Funktionäre wurden verhaftet.

In Berlin wehrte sich die SPD unter Führung von Franz Neumann und mit Unterstützung vor allem von Dr. Schumacher gegen die Vereinigung. In einer Urabstimmung wurde die Verschmelzung eindeutig abgelehnt.

Die alliierte Kommandantur fand daraufhin den Kompromiß, SPD und SED in allen 4 Sektoren Berlins zuzulassen.<<

21.04.1946

Berlin: Am 21. April 1946 kommen die Delegierten des Vereinigungsparteitages im Berliner Admiralspalast zusammen, um die SED zu gründen.

Wilhelm Pieck (1876-1960, ab 1945 KPD-Vorsitzender, von 1946-54 Vorsitzender der SED) und Otto Grotewohl (1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ, von 1946-54 SED-Vorsitzen-

der) reichen sich damals feierlich die Hände.

Grotewohl erklärt während des Vereinigungsparteitages (x073/231): >>... "30 Jahre Bruderkampf finden in diesem Augenblick ihr Ende.

An deinem 70. Geburtstag, Wilhelm Pieck, reichten wir uns die Hände für hunderttausende von Sozialdemokraten und Kommunisten.

Ich wünschte den Tag herbei, an dem sich unsere Hände nicht mehr zu trennen brauchten. Dieser Tag ist heute da.

Wer heute einen geschichtlichen Blick hat, der sieht heute Millionen von Sozialisten hinter uns stehen. Ein alter Traum ist Wirklichkeit geworden - die Einheit der deutschen Arbeiterklasse."

Die Antwort von Wilhelm Pieck: "Ja, lieber Otto Grotewohl, wir tragen beide, die wir zu Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei ausersehen sind, die besondere Verantwortung dafür, daß das Vertrauen der werktätigen Massen, das sie in die Sozialistische Einheitspartei setzen, gerechtfertigt wird.

Es ist eine große Aufgabe, ein neues antifaschistisches, demokratisches Deutschland zu schaffen, unserem Volk aus seiner Not herauszuhelfen und Frieden und Demokratie in diesem Deutschland zu sichern.

Wir werden es schaffen. Wir werden unsere Sozialistische Einheitspartei zu der Millionenpartei des deutschen werktätigen Volkes machen, um damit zu schlagen alle inneren Feinde und das große Werk zu vollenden, das wir uns gestellt haben – den Sozialismus."<<

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014, kehrt am 30.04.1945 als Mitglied der Gruppe "Walter Ulbricht" aus Moskau nach Deutschland zurück), der damals an dem Vereinigungsparteitag im Berliner Admiralspalast teilnimmt, berichtet später (x156/24-25): >>...

Am 21. April, vormittags 10 Uhr, begann im Admirals-Palast zu Berlin der Vereinigungsparteitag. Mehr als tausend Delegierte und Hunderte von Gästen strömten in das Gebäude – der erste gemeinsame Parteitag der Kommunisten und Sozialdemokraten! ...

Den größten Beifall des gesamten Parteitages erntete Grotewohl mit seiner Erklärung: "Ich glaube nicht, daß es vermessen ist, und ich glaube auch nicht, daß die sowjetischen Besatzungsbehörden es mir etwa übelnehmen werden, wenn ich an dieser Stelle erkläre, daß die heute geschaffene Sozialistische Einheitspartei mindestens in der sowjetischen Besatzungszone durch ihre riesengroße politische Stärke eine so große Sicherheit für unseren Bestand in der sowjetischen Zone darstellt, daß wir auf die Bajonette der Russen nicht mehr angewiesen sind."

Der tosende, minutenlange Beifall und die begeisterten Zurufe waren ein Ausdruck der Hoffnung, daß mit der Gründung der SED die deutschen Sozialisten bald Herren im eigenen Haus sein würden, um dann auf Grund eigener Tradition einen selbständigen Weg zum Sozialismus zu beschreiten.

Grotewohl betonte besonders die Notwendigkeit der persönlichen Freiheit in der neuen Partei. Die Partei, so sagte er, habe die Aufgabe, "die freie Persönlichkeit zu entwickeln und zu entfalten. ... In keiner deutschen Partei lebt wohl die Achtung vor den Lebensrechten der Menschen heißer und stärker als in der Sozialistischen Einheitspartei".

Dann kam der Höhepunkt: Die Abstimmung über das Programm, das Statut und über den Beschluß zur Schaffung der SED. ...

Die SED war gegründet.

Abends kamen alle Delegierte und viele Funktionäre zu einem "frohen Ausklang" im Friedrichstadt-Palast zusammen. Bis auf den letzten Platz war das dreitausend Menschen fassende Gebäude besetzt, und vor den Eingängen standen noch Hunderte von Genossen. Hoffnungsvoll war dieser für uns ereignisreiche Tag zu Ende gegangen.

Alles schien für die Verwirklichung unserer Wünsche zu sprechen: die paritätische Besetzung

der Leitungen, die mahnenden Worte über Kameradschaft und Vertrauen, die Pieck an die Kommunisten gerichtet hatte, die Beteuerungen Grotewohls über die Freiheit der Persönlichkeit in der neuen Partei, die erste Abstimmung, die einen Bruch mit der üblichen Einstimmigkeit gebracht hatte und von niemandem übel vermerkt worden war; die These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, die nur im Programm der SED ihren Niederschlag gefunden hatte; die Andeutungen Grotewohls über das vielleicht nahe Ende der sowjetischen Besatzung

...

An diesem Abend konnte ich nicht ahnen, daß von den Teilnehmern des Vereinigungsparteitages innerhalb weniger Jahre fast die Hälfte aus ihren Funktionen verdrängt, abgesetzt, verleumdet oder einer Säuberung zum Opfer gefallen sein würde. Auch die aktivsten Mitglieder der SED blieben von diesem Schicksal nicht verschont. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "SED" (x009/-388): >>Abkürzung für Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht am 21.04.1946 gegründet durch Zusammenschluß von KPD und SPD in der SBZ. Auf dem Vereinigungsparteitag waren offiziellen Angaben zufolge 47 % der Mitglieder Kommunisten, 53 % Sozialdemokraten.

Die zunächst paritätische Besetzung aller Parteileitungen wurde Anfang 1949 auch formell aufgehoben, alle nicht gleichgeschalteten sozialdemokratischen Funktionäre wurden nach und nach verdrängt. ...

Seit 1948 schnelle Bolschewisierung der Partei unter der Parole: Entwicklung der SED zu einer "Partei neuen Typus" nach dem Vorbild der KPdSU. Anerkennung der führenden Rolle der Sowjetunion und der KPdSU werden auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU für die Mitgliedschaft vorausgesetzt.

Ziel der SED ist die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus in der "DDR" nach sowjetischem Vorbild und die Übertragung des "DDR-Modells" auf ganz Deutschland (Spaltung und Wiedervereinigung Deutschlands).

Parteiführung und Funktionäre nehmen Einfluß auf alle Lebensbereiche (Familienpolitik, Rechtswesen, Kulturpolitik usw.) und beherrschen sämtliche Massenorganisationen und den gesamten Staats- und Wirtschaftsapparat der SBZ mit der Begründung, die Partei sei der Vortrupp der Arbeiterklasse und vertrete die Interessen aller Werktätigen.

Zu den wichtigsten Herrschaftsmethoden gehören:

1. die Personalunion in den Führungsgremien. Spitzenfunktionäre der SED bekleiden zugleich wichtige Staatsämter (Staatsrat) und haben Schlüsselpositionen in den Massenorganisationen inne;
2. die Kaderpolitik (sowjetisches Nomenklatursystem);
3. das enge Zusammenspiel der Apparate (Büros der SED);
4. die Tätigkeit der Betriebsparteiorganisationen.

Die SED-Parteiführung leitet und kontrolliert die westdeutsche KPD, auch nach deren Verbot. Organisatorischer Aufbau (der SED): Parteitagsdelegierte wählen das Zentralkomitee (ZK), von dem das Politbüro und das Sekretariat gewählt werden. Nachgeordnet sind Bezirks-, Kreis-, Stadt- und Ortsleitungen; Grundorganisationen: Betriebs- und Wohngruppen. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Kaderpolitik" in der SBZ (x009/207-208): >>Bezeichnung für Auswahl, Ausbildung und Einsatz von "Kadern". Der Begriff Kader stammt aus der Militärsprache, bedeutet dort Stammpersonal militärischer Formationen.

In den kommunistischen Parteien sind Kader:

a) alle Personen in Partei, Staat, Wirtschaft, Massenorganisationen und Militär, die in wichtigen Positionen zur Erhaltung und Festigung des totalitären Systems beitragen sollen. In diesem Sinne bedeutet Kader soviel wie Elite. In der Bezeichnung der SED als eine Kaderpartei

(im Gegensatz zur Massenpartei) wird die Absicht zum Ausdruck gebracht, aus der Partei ein organisatorisch und weltanschaulich hochgezüchtetes Herrschaftsinstrument zu schaffen. Die "Entwicklung von Kadern" ist eine Hauptaufgabe der Schulung.

Die Sicherung einer einheitlichen Kaderpolitik obliegt der Kaderabteilung, die mit besonders zuverlässigen SED-Mitgliedern besetzt sind. Kaderabteilungen bestehen in allen Organisationen, Institutionen und Betrieben.

Die Kaderabteilungen müssen auch bei der Einstellung von Parteilosens und Mitgliedern anderer Parteien die Genehmigung der zuständigen SED-Dienststelle einholen. Die Kaderabteilungen des SED-Apparates haben bestimmenden Einfluß auf die Kaderpolitik aller Organisationen und Institutionen, einschließlich der Blockparteien.

Die Kaderabteilungen sollen alle Beschäftigten hinsichtlich ihrer Einstellung überwachen. Sie führen "Entwicklungskarteien", in die neben dem fachlichen Werdegang die Teilnahme an politischen Schulungen sowie Vermerke über das politische und "moralische" Verhalten eingetragen werden. Regelmäßig sollen mit allen Beschäftigten "Entwicklungsgespräche" geführt werden.

Bei Arbeitsplatzwechsel wird die sog. Kaderakte des Beschäftigten der Kaderabteilung des neuen Arbeitsplatzes übersandt. Schon vor Neueinstellung wird regelmäßig bei der Kaderabteilung des Betriebes bzw. der Dienststelle, bei der der Betreffende bisher beschäftigt war, Nachfrage gehalten. So werden bei Kündigungen aus politischen Gründen unerwünschte Neueinstellungen verhindert.

Der leitende Funktionär einer Kaderabteilung wird Kaderleiter genannt. Er ist verpflichtet, dem Staatssicherheitsdienst jederzeit Einblick in alle Kaderakten zu gewähren und alle gewünschten Auskünfte zu erteilen.

Die große Bedeutung, die der Kaderpolitik zugeschrieben wird, entspricht dem militärischen Organisationsprinzip der Kommunisten: "Die Kader entscheiden alles." (Stalin) ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Nomenklatursystem" in der SBZ (x009/311): >>Nach dem Nomenklatursystem arbeiten seit 1949/1950 alle Kaderabteilungen der SED, der Massenorganisationen, der zentralen Dienststellen und der "volkseigenen" Wirtschaft.

Personen, die auf Grund ihrer politischen Funktion für das System wichtig sind, unterstehen in allen personalpolitischen Fragen der Kaderpolitik ihrer übergeordneten Dienststelle. Versetzungen, Entlassungen usw. dürfen nur mit Zustimmung dieser für sie zuständigen Nomenklatursystem-Stelle vorgenommen werden.

Hohe SED-Funktionäre (Minister, Staatssekretäre, 1. SED-Bezirkssekretäre usw., aber auch Lehrkörper und Schüler der SED-Parteihochschule unterstehen der Nomenklatur des ZK der SED.

Durch das aus der Sowjetunion übernommene Nomenklatursystem soll eine genaue Abgrenzung der Zuständigkeit in personalpolitischen Fragen erreicht werden. Es fördert entscheidend den zentralistischen Aufbau des bolschewistischen Systems. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Büros der SED" (x009/85): >>Die wichtigsten Herrschaftsorgane der SED in den Bezirken und Kreisen sind die Büros der SED der Bezirksleitungen (9-11 Mitglieder, 3-5 Kandidaten) und die Büros der SED der Kreisleitungen (5-7 Mitglieder, 2-3 Kandidaten).

Ihnen gehören neben den hauptamtlichen Sekretären und dem Vorsitzenden der Parteikontrollkommission die Spitzenfunktionäre des Staatsapparates, des Staatssicherheitsdienstes sowie der wichtigsten Massenorganisationen an, außerdem einzelne Parteisekretäre von wichtigen Industrie- oder Landwirtschaftsbetrieben. Die Büros der SED tagen wöchentlich mindestens einmal. Die hauptamtlichen Sekretäre haben in ihren Bereichen die gleichen Aufgaben wie die Mitglieder des Sekretariats des ZK der SED.

Die Zugehörigkeit der entscheidenden Funktionäre des Staatsapparates und der Massenorganisationen zu den Büros der SED gewährleistet die Zusammenarbeit aller Institutionen und Organisationen mit der Staatspartei. Andererseits wird die Partei durch die Mitglieder der Büros der SED über alle politisch wichtigen Vorkommnisse im Bezirk bzw. Kreis unterrichtet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Funktionäre" in der SBZ (x009/144): >>In der SED, den übrigen Parteien, den Massenorganisationen sowie in den gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen sind Funktionäre die "ideologisch fortgeschrittensten und aktivsten Mitglieder", die "eine fest umrissene, verantwortliche Funktion innehaben".

Dabei wird weder zwischen gewählten und ernannten noch zwischen haupt- und ehrenamtlichen Funktionären unterschieden. Kriterien der Auslese sind die Anerkennung "der führenden Rolle der SED" und ihrer Ideologie, der Parteidisziplin und der Kritik und Selbstkritik. Alle nachgeordneten Funktionäre sind durch den Demokratischen Zentralismus an die Weisungen der übergeordneten Funktionäre gebunden.

In der SBZ gibt es trotz vielfältiger Ausleseverfahren einen permanenten Mangel an zuverlässigen Funktionären. So hat eine nicht geringe Zahl von Funktionären mehrere Funktionen zugleich inne (Multifunktionär).

Alle politisch entscheidenden Funktionen sind mit SED-Funktionären besetzt, die zum großen Teil weitaus höhere Gehälter als andere Berufstätige beziehen. So verdient z.B. ein Instrukteur im ZK der SED zwischen 1.000 und 1.500 Deutsche Mark Ost ... und ein Abteilungsleiter durchschnittlich 3.000 Deutsche Mark Ost. Außerdem haben die Funktionäre eine Reihe von Privilegien. So stehen ihnen u.a. besondere Erholungsheime zur Verfügung, allerdings höheren Funktionären Heime mit besserer Ausstattung und Verpflegung als mittleren und kleinen Funktionären.<<

22.04.1946

WBZ: Die britische Militärregierung und die UNRRA errichten am 22. April 1946 in Hamburg eine "Baltische Universität" für Esten, Letten und Litauer".

23.04.1946

Berlin: In Berlin erscheint am 23. April 1946 erstmals das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland".

Die SED-Tageszeitung "Neues Deutschland" berichtet am 23. April 1946 über die SED-Gründung (x111/160): >>Die unheilvolle Zeit der Spaltung der Arbeiterbewegung ist beendet. Die beiden Arbeiterparteien haben sich auf der Basis gemeinsamer Grundsätze und Ziele eines einheitlichen Status vereinheitlicht. ...

Was heute getan und was heute unterlassen wird, ist für Generationen entscheidend. Einen ganz neuen Weg gilt es zu beschreiten, wenn Deutschland eine Zukunft gewinnen will. ...

Die politische und organisatorische Einheit der Arbeiterbewegung wird die stärkste Garantie der Einheit Deutschlands sein. ...

Das neue Deutschland muß eine unteilbare, freie Republik sein; allen separatistischen Bewegungen sagen wir den schärfsten Kampf an.

Nur der Sozialismus, dessen Lehre von Marx und Engels begründet wurde, kann alle Lebensfragen unseres Volkes endgültig lösen, alle Quellen des gesellschaftlichen Reichtums erschließen und ein Reich wahrer Freiheit und Menschlichkeit schaffen. Die SED betrachtet sich als die Vollstreckerin dieses höchsten geschichtlichen Erfordernisses. Sie ist die Partei des Sozialismus.<<

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 23. April 1946 (x095/47): >>... Die politische Tätigkeit, die ich habe auf mich nehmen müssen, weil schlechthin kein anderer da war, ist sehr aufreibend, körperlich anstrengend und sehr undankbar. Ich suche ihr zu entgehen, sobald ich es irgendwie verantworten kann.

Das ist ja überhaupt das Verhängnis für Deutschland, daß die alte Generation überall an die Spitze muß.

Die mittlere Generation fällt nahezu vollständig aus, weil sie in der Partei war.

Die junge Generation ist nicht urteilsfähig weder in politischer noch in einer sonstigen Hinsicht. Sie muß völlig umerzogen werden. ...<<

CSR: Vertreter der nordamerikanischen Militärregierung in Deutschland und der CSR vereinbaren am 23. April 1946 weitere Modalitäten für die Ausweisung der Sudetendeutschen (x004/334-336): >>Betr.: Umsiedlung von Sudetendeutschen.

... Über folgende Punkte wurde ein Übereinkommen erzielt:

1. a) Beginnend mit 1.5.1946 werden die täglichen Flüchtlingszüge auf 6 vermehrt. 3 werden jeweils über Eger - Wiesau und 3 über Taus - Furth gehen. ...

b) Die Züge setzen sich aus Güterwagen zusammen. ... UNRRA- und polnische DP-Garnituren sollen und müssen soviel als möglich herangezogen werden. ...

e) Nach der Ankunft der Züge in Wiesau und Furth erlischt die tschechische Verantwortung für die Flüchtlinge. ...

2. Die Tschechen händigen dem Repatriierungsausschuß eine vollständige Liste von Krankenhaus- und Irrenfällen unter den Sudetendeutschen aus. ...

3. ... Es wird vereinbart, daß die Amerikaner Reichsdeutsche aufnehmen, die nach ihrer Aussage in der amerikanischen Besatzungszone wohnten. ... Die Amerikaner verpflichten sich, den britischen und französischen Vertretern des Repatriierungsausschusses nahezulegen, die Reichsdeutschen in ihrer Zone aufzunehmen. ...

5. Die Tschechen gestatten jedem Flüchtling, 500 RM mitzunehmen. ... Die Tschechen verpflichten sich, den Flüchtlingen jene Sparguthaben und Scheckbücher zu belassen, die auf reichsdeutsche Banken ausgestellt sind. ...

6. Es wird vereinbart, daß Familien, die nicht vollzählig sind, vorläufig nicht ausgewiesen werden. ...

7. Die Tschechen stimmen zu, Transportführer und Wagenälteste zu ernennen. ... Der Transportführer hat sich beim amerikanischen Offizier und den verantwortlichen Beamten zu melden. ...<<

27.04.1946

WBZ: Die "Schwäbische Donau-Zeitung" veröffentlicht am 27. April 1946 eine Rede des Ministerialdirektors Bäuerle anlässlich der Eröffnung der Ulmer Volkshochschule (x115/164-165): >>... Die Ulmer Volkshochschule hat den Ehrgeiz, eine süddeutsche Angelegenheit zu werden. Sie will Grenzen aufstoßen und den Geist hin- und widerströmen lassen. Den Geist, der das Leben bejaht in allen seinen Erscheinungsformen, und der aus der Liebe zu allen Dingen kommt. Wir haben damit eine große Verpflichtung übernommen und sind uns dessen klar bewußt. Aber diese Arbeit muß getan werden, wenn anders wir nicht versanden wollen. Es geht einfach darum, den Anschluß an den Weltgeist wiederzugewinnen.

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg wurde die Volkshochschule ins Leben gerufen. Wir hofften damals, durch freie Bildungsstätten mithelfen zu können an dem Aufbau eines wahrhaft demokratischen Deutschlands, denn Demokratie setzt verantwortungsvolle Mitarbeit aller voraus. Verantwortung kann aber nur ein urteilsfähiger Mensch übernehmen. Es gibt aber keine Urteilsfähigkeit ohne Einsicht. Einsicht aber verlangt Wissen und Charakter.

Die heutige Aufgabe aller echten Bildungsarbeit ist, dem Menschen zu helfen, daß er den Weg zu sich selbst, zur Gemeinschaft findet, daß er imstande ist, den Lebenskreis auszufüllen, in den er gestellt ist. Bildung ist also nicht in erster Linie ein "Haben", sondern ein "Sein". Auch das größte Wissen und Können vermag nicht den Mangel an Charakter und Haltung zu ersetzen. ... Volksbildung wurde "Bildung zum Volk", Entfaltung der Kräfte des einzelnen zum Dienst in der Gemeinschaft. ... Entscheidend ist der Mensch, der im Leben verantwortlich tä-

tige Mensch, der weiß, was er soll und kann, was er will. ...

Jede menschliche Gemeinschaft ist eine Streitbindung. Daß der Streit die Bindung nicht zerstört, daß die Bindung stärker ist als der Streit, daß das Gemeinsame stärker werde als das Trennende, darauf kommt es an. Zwei Dinge sind des Menschen not: Bindung und Freiheit, Bindung aus Freiheit, Freiheit in der Bindung. Das ist wahre Demokratie.

Demokratie versteht sich nicht von selbst, sie ist eine allseitige Erziehungsaufgabe. Was wir nicht wollen: Keine ungezügelter Freiheit, denn sie führt zum Kampf alle gegen alle. Keine Diktatur, weder einer Gruppe gegen alle anderen noch eines Volkes über die andern, denn das zerstört jede Gemeinschaft. Wir wollen weder Nationalismus noch Militarismus, weder Selbstverhimmelung noch Massendressur und Uniformierung. Wir sagen ab der Lüge, dem Haß, dem Unrecht, der Verleumdung und dem schlimmsten Feind aller Gemeinschaft, dem hinterhältigen Denunziantentum.

Was wir wollen und brauchen: Eine neue gültige Weltordnung. Anerkennung der sittlichen Werte, Achtung vor der Menschenwürde. Sie ist das Fundament aller Erneuerung, auch aller Gemeinschaft. Wir müssen wieder lernen aufeinander zu hören. Wir brauchen dringend geistige und seelische Erneuerung. ...

Mit Albert Schweizer wollen wir es halten: "Anfang alles wertvollen, geistigen Lebens ist der unerschrockene Glaube an die Wahrheit, das offene Bekenntnis zu ihr."<<

28.04.1946

WBZ: Am 1. Befreiungstag des Konzentrationslagers Dachau wird am 28. April 1946 auf dem Dachauer Waldfriedhof ein Gedenkstein für die NS-Opfer enthüllt.

29.04.1946

Ostdeutschland: Der Stettiner Stadtkommandant Zaremba fordert am 29. April 1946 von den Sowjets die Übergabe der Insel Usedom (pommersche Insel vor dem Stettiner Haff, 445 qkm) und eine Gebiet entlang des Rendow-Flusses an Polen (x111/161).

WBZ: Die US-Militärregierung begründet am 29. April 1946 in einem Rundschreiben die Notwendigkeit des "Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" (x114/2.141): >>Für das deutsche Volk stellt dieses Gesetz die Möglichkeit dar, zu beweisen, daß es auf dem Wege zum Aufbau eines friedliebenden Deutschland Fortschritte macht und daß man bald größere Verantwortung in seiner Selbstregierung übertragen kann.

Sollte sich das Gesetz als ein Fehlschlag erweisen, so würde das bedeuten, daß das deutsche Volk noch nicht reif ist, die Scherben seiner politischen Vergangenheit selbst zu beseitigen.

...<<

30.04.1946

WBZ: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 30. April 1946 über den "1. Mai" (x111/162): >>... Allzu leichtfertig hat die deutsche Arbeiterschaft selbst ihre so teuer erkauften Erregenschaften im Jahre 1933 preisgegeben. Niemals hätte Hitler an die Macht kommen können, wenn die Arbeiterschaft den festen, einheitlichen Willen gehabt hätte, es zu verhindern ... Zum ersten Male darf das deutsche Volk den 1. Mai feiern im Zeichen einer politischen Neuordnung, die noch kaum begonnen hat, die uns allen aber als unausweichliche Aufgabe gesetzt ist.

Was haben wir aus dem nationalsozialistischen Experiment gelernt? Haben wir verstanden, was Demokratie, was Menschenrecht, was Völkerfriede für jeden einzelnen von uns bedeutet?<<

April 1946

WBZ: Konrad Adenauer erklärt im April 1946 (x243/218): >>Ich verstehe das Verlangen Frankreichs und der übrigen westlichen Welt nach Sicherheit. Ich bin auch für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. ...

(Eine) konstruktive Lösung erblicke ich allein in der Gründung der Vereinigten Staaten Euro-

pas unter Führung von England und Frankreich. (Dazu) muß auch Deutschland gehören. ... Eine Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Englands und Deutschlands (ist) notwendig.<<

Der deutsche Historiker Hans-Peter Schwarz schreibt später über Adenauers außenpolitische Konzeption (x128/204): >>... Auch für manche Mitglieder des engeren Gründerkreises der CDU überraschend, räumte er prinzipiellen außenpolitischen Erklärungen einen relativ breiten Raum ein.

Realistisch meinte er zwar: "Außenpolitik wird Deutschland für lange Zeit nur in beschränktem Umfang treiben können", beeilte sich aber hinzuzufügen: "Sein Ziel muß sein, zu gegebener Zeit in die Vereinigung der Nationen gleichberechtigt aufgenommen zu werden."

Das deutsche Volk habe trotz der Untaten des Nationalsozialismus einen Anspruch darauf, nicht allein nach dieser Epoche seiner Geschichte beurteilt zu werden.

Nun dasselbe wurde zu dieser Zeit auch von Kurt Schumacher proklamiert. Bemerkenswert aber und für ... 1946 nicht alltäglich war es, wenn Adenauer die Hoffnung formulierte, "daß in nicht ferner Zukunft die Vereinigten Staaten von Europa, zu denen Deutschland gehören würde, geschaffen werden und daß dann Europa, dieser von Kriegen durchtobte Erdteil, die Segnungen eines dauernden Friedens genießen wird." ...

Bei den meisten größeren Reden während der folgenden Monate stellte Adenauer seinen Gedanken einer "organischen Lösung" des deutschen Problems durch Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen in den Mittelpunkt seiner außenpolitischen Ausführungen. ...

Die Europaidee begegnet während der Jahre bis zur Schaffung der Bundesrepublik in allen seinen Überlegungen stets als Zauberformel zur Entwirrung schwieriger Probleme. Sie sollte gleichermaßen gegenüber den französischen Forderungen nach Internationalisierung des Ruhrgebietes wie gegenüber belgischen und holländischen Gebietsansprüchen helfen, sollte die Saarfrage lösen und die Einschnürung Deutschlands durch auferlegte Kontrollen überflüssig machen.

Energische Verwahrungen gegen Ansprüche der Siegermächte folgten mit steter Regelmäßigkeit der Hinweis auf kooperative Möglichkeiten im Rahmen der Vereinten Staaten von Europa.<<

Im April 1946 erscheint in Frankfurt die erste Ausgabe der Frankfurter Hefte.

Das Internetportal "Wikipedia" berichtet später über die Frankfurter Hefte (x1.003/...): >>... Die nach ihrem Verlagsort benannten *Frankfurter Hefte* wurden im 1946 als monatlich erscheinende *Zeitschrift für Kultur und Politik* (so der Untertitel) gegründet. Gründer waren der Sozialwissenschaftler Eugen Kogon und der Publizist Walter Dirks, die auch als Herausgeber auftraten, sowie der spätere Fernsehdirektor des Bayerischen Rundfunks und Präsident der Hochschule für Fernsehen und Film München Clemens Münster und der Journalist und Übersetzer Walter Maria Guggenheimer.

Politisch orientierte sich die Zeitschrift am Ideal des christlich-demokratischen Sozialismus, das sie in der deutschen Nachkriegsgesellschaft einbringen wollten. Kogon und Dirks hatten 1945 die "Frankfurter Leitsätze" verfaßt, auf denen das Gründungsprogramm der hessischen CDU basierte, das - ähnlich wie das bekanntere Ahlener Programm in Nordrhein-Westfalen - unter Berufung auf die katholische Soziallehre eine Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und weitgehende Mitbestimmung forderte.

Nachdem sich diese Ideen innerhalb der CDU jedoch nicht durchsetzten, wandten Kogon und Dirks sich bald wieder von der Partei ab. Statt dessen verfolgten die Herausgeber mit den *Frankfurter Heften* fortan das Ziel einer kritischen Kulturzeitschrift, die auch breitere Leserkreise ansprechen und u.a. für die Ideen des christlichen Sozialismus gewinnen sollte.

Im Laufe der Zeit entwickelte die Zeitschrift jedoch ein breiteres Profil und wurde einer der wichtigsten Zeitschriften der frühen Bundesrepublik; Ernst-Otto Czempel bezeichnete sie als

"intellektuelle Agora der Bundesrepublik", in der jeder schrieb, der "Rang und Namen hatte". Die erste Ausgabe erschien im April 1946, die letzte 1984. Der Preis betrug am Anfang 2 Reichsmark (RM), am Ende 9 Deutsche Mark (DM). Die Zeitschrift war mit einer *Military Government Information Control License Nummer* ausgestattet, der US-W-2010. Die stärkste Verbreitung fand die Zeitschrift zwischen 1946 und 1950, als sie eine Auflage von 50.000 bis 75.000 Exemplaren erreichte.

Thematische Schwerpunkte waren:

- Rolle, Aufgabe und Probleme von Publizisten
- Christentum, Kirche und Leben
- Sozialismus und Marxismus (Vereinbarkeit von Freiheit und Christentum, Idee des christlichen Sozialismus)
- Betrachtungen theoretischer/politischer Natur zu Rußland und den USA (Modell und System)
- Schule, Bildung, Hochschule
- Literatur: Neubetrachtungen von Belletristik, Sachbücher, Neuerscheinungen ...

Bei der zweiten Bundestagswahl 1953 hatte die SPD eine schwere Niederlage hinnehmen müssen; während das rechte bzw. "bürgerliche" Lager über 60 % der Stimmen erhielt, kam die SPD lediglich auf 28,8 %.

Insbesondere die von Kanzler Konrad Adenauer geführte CDU/CSU konnte sich mit 45,5 % stark von der 1949 noch fast gleich starken SPD absetzen und verfehlte die absolute Mehrheit nur um einen Sitz.

In dieser Situation gründeten sozialdemokratische bzw. der SPD nahestehende Intellektuelle eine Zeitschrift, in der u.a. theoretisch-programmatische Vorschläge diskutiert werden sollten, um die noch primär als traditionelle Arbeiterpartei wahrgenommene Partei stärker in die Mitte der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft zu rücken und für bürgerliche Wählerschichten attraktiver zu machen; dazu gehörte u.a. die Annäherung an die Kirchen. Gründungsherausgeber der im zweimonatlichen Rhythmus erscheinenden *Neuen Gesellschaft* waren der Staatsanwalt Fritz Bauer, der später die ab 1963 stattfindenden Auschwitzprozesse organisierte, der spätere Initiator des Godesberger Programms Willi Eichler, der zu den "Vätern des Grundgesetzes" zählende Staatsrechtler Carlo Schmid sowie der Soziologe Otto Stammer.

Erster Chefredakteur ab 1954 war der spätere SPD-Bundestagsabgeordnete und Politikwissenschaftler Ulrich Lohmar, zu dieser Zeit Assistent des Soziologen Helmut Schelsky und Bundesvorsitzender des damals noch SPD-nahen SDS. 1968 folgte ihm der Stern-Redakteur Leo Bauer, der - ebenfalls SPD-Mitglied - Berater Willy Brandts bei der neuen Ostpolitik war. Bauers Nachfolger von 1972 bis 1982 war Herbert Wehner sowie ab 1983 Peter Glotz, in dessen Anfangszeit die Übernahme der *Frankfurter Hefte* fiel (1985).

Glotz blieb bis zu seinem Tod 2005 Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung läßt die alten der Ausgaben der *Neuen Gesellschaft* digitalisieren; die bisher erfaßten Exemplare sind momentan (Stand Januar 2014) nur aus dem Intranet der Stiftung erreichbar. ...<<

Jugoslawien: Im April 1946 sind von den 17.999 deutschen Häftlingen des Internierungslagers Rudolfsgrad etwa 46 % Jungen und Mädchen im Alter bis 14 Jahre (x006/505).

Frankreich: Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes berichten im April 1946 über die Arbeit der deutschen Kriegsgefangenen in französischen Bergwerken (x130/181): >>Die Suche nach Werkzeugen ist häufig langwierig. Sie dient den Aufsehern als Vorwand, die Gefangenen des Spazierengehens zu beschuldigen und sie zu schlagen. ... Manchmal sind die Gefangenen für mehrere Tage arbeitsunfähig, gewöhnlich leiden die schwächeren Gefangenen am meisten. ...

Häufig sind kranke Gefangene gezwungen, eine Doppelschicht zu machen, wenn sie das Pech

haben, auf einen Aufseher zu stoßen, der ihre Krankheit als Ausdruck von Arbeitsunwillen auffaßt. Einige Gefangene wurden gezwungen, 19 Stunden ununterbrochen zu arbeiten, ohne Nahrungsaufnahme und ohne Ruhepausen. ...<<

Großbritannien: Der sudetendeutsche Politiker Wenzel Jaksch berichtet im April 1946 aus London (x124/150-151): >>Noch ist die Atmosphäre sehr vergiftet und die Gutgesinnten drüben sind in schwacher Position. Man sollte zunächst das Mögliche und Unaufschiebbares anstreben. ...

Die britischen Tageszeitungen berichten leider über die Vorgänge in der Sowjetunion sehr unkritisch und werden außerdem oft von Reisenden bedient, die ihre unbezahlten Hotelrechnungen in Prag durch die Wiedergabe von Propaganda-Märchen begleichen. In der Kunst der Täuschung sind unsere ehemaligen Landsleute wahrlich groß.

Aber in maßgeblichen britischen Kreisen zirkuliert sehr viel mehr Material als in der Presse erscheint. Langsam wird ein Stimmungsumschwung erkennbar. Er kommt aber für die Rettung unserer Heimat zu spät.

In der nächsten Zeit liegt der Schlüssel für eine neue Einstellung der Westmächte uns gegenüber in Amerika. Dort macht das Vertreibungsproblem mehr Eindruck als auf das müde, durch Kriegsgreuel abgestumpfte Europa. Am besten erscheinen die Aussichten in Kanada. Dort kämen 400.000 Deutschstämmige und die Hilfsbereitschaft katholischer und lutherischer Kreise dafür in Frage.

In den USA könnte mehr getan werden. Die Steuben-Gesellschaft wird wieder aktiv. Der Vorstoß von 33 Senatoren zur Bekämpfung des Hungers in Deutschland und Österreich hängt zweifellos mit der Einflußnahme deutschamerikanischer und christlicher Kreise zusammen.

... Wir müssen alle Hebel in Bewegung setzen, um den Opfern des östlichen Rassismus zu helfen.

Wenn es in Europa nicht noch weiter bergab gehen soll, dann müßte in Jahresfrist das Flüchtlingsproblem ein zentrales Thema der Friedensgestaltung werden. ...<<

01.05.1946

WBZ: Feldmarschall Montgomery berichtet am 1. Mai 1946 in einer Denkschrift für den britischen Premierminister (x114/1.152): >>Morgen verlasse ich Deutschland. ... Ich bin nicht zufrieden. Ich glaube, das Gesamtbild ist eher trüb, wenn nicht sogar schwarz. Wir müssen jetzt die Entscheidung darüber treffen, ob wir die Deutschen ernähren wollen oder sie verhungern lassen sollen. Grundsätzlich dürfen wir das letztere nicht tun. Wenn wir so dächten, dann hätten alle unsere übrigen Anstrengungen keinen Sinn mehr.

Wir müssen mit dem Wiederaufbau beginnen. Und vor allen Dingen müssen wir dem deutschen Volk erklären, was mit ihm und seinem Land geschehen soll. Wenn wir das nicht tun, dann gehen wir möglicherweise einem Scheitern entgegen. Es wird dadurch gekennzeichnet sein, daß eine feindliche Haltung in der Bevölkerung heranwächst, die sich dann vielleicht nach Osten wendet. Solch ein Deutschland wäre eine Bedrohung für die Sicherheit des britischen Empire. Andererseits könnte ein zufriedenes Deutschland mit einer gesunden politischen Basis ein großer Vorteil für die Sicherheit des Empire und für den Frieden der Welt darstellen. ...<<

Die "Schwäbische Donau-Zeitung" veröffentlicht am 1. Mai 1946 eine Rede des Kultusministers Theodor Heuss über "Die nationale Idee im Wandel der Geschichte" (x115/165): >>... Unser nationales Gefühl ist im Laufe unserer Geschichte öfters stark erschüttert worden, und es dauerte lange, bis es sich gestaltete. Eine Revision unseres Geschichtsbildes ist dringend notwendig. Das geschieht aber nicht dadurch, daß man nur die braune Farbe abwischt, sondern sich offenen Herzens sich zu den Idealen einer wahren Demokratie bekennt. Wir müssen die Vergangenheit wieder wahrhaftig sehen.

Das vergangene Regime hat sich ... durch sein übersteigertes Nationalgefühl den Haß und den

Spott der ganzen Welt zugezogen. Wir müssen lernen, auch die Mentalität der anderen Völker wieder zu achten und zu verstehen.

Das Ringen um die Reichseinheit geht durch die ganze Geschichte. Auf dem Wiener Kongreß wurde die Einheit Deutschlands ... durch das Übergewicht der europäischen Mächte verhindert. Auch das Bismarckreich konnte kein Einheitsstaat werden, weil das Gefühl der Selbständigkeit der Einzelstaaten noch zu stark war. Seit 1914 hat die reichstreue Gesinnung im deutschen Volke ständig zugenommen, wenn die parteipolitische Zersplitterung auch darüber hinwegzutäuschen scheint. Der Partikularismus (Sonderbestrebungen staatlicher Teilgebiete) trat nach der Revolution von 1918 wieder auf.

Heute, nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg, müssen wir alles tun, um jede politische Zersplitterung zu verhindern. Unser Streben muß auf die Förderung des Reichsgedankens und des kulturellen Aufstieges unseres Gesamtvolkes gerichtet sein. Eine Resignation dürfen wir jetzt nicht aufkommen lassen, das Leben geht weiter. Die Welt wird arm sein ohne den deutschen Geist, wie wir arm sein würden ohne den Kontakt mit der übrigen Welt.

Wir müssen wieder zur abendländischen Ordnung zurückfinden, zu einem echten und wahren Sinn unseres Volkes, von Antike und Christentum geformt, die das Elementare unserer Volksgeschichte waren und wieder werden sollen.<<